

Weniger Investitionen trotz höherer Unternehmensgewinne

Die deutsche Wirtschaft präsentiert sich „in Bestform“, wie es jüngst Bundeswirtschaftsminister Brüderle formulierte. Auch im Ausland ist von einem neuen deutschen Wirtschaftswunder die Rede. Das war nicht immer so. In den Jahren vor der Krise gehörte Deutschland bei der wirtschaftlichen Entwicklung gar zu den Schlusslichtern unter den Industrienationen. Ein Grund ist die geringe Investitionstätigkeit der deutschen Unternehmen - trotz steigender Unternehmensgewinne.

Investitionen sind der Motor jeder Volkswirtschaft. Sie schaffen Einkommen, Beschäftigung und damit Wachstum. Unternehmer investieren jedoch nur in neuere und effiziente Technologien, wenn ihre Anlagen ausgelastet und neue Absatzmöglichkeiten vorhanden sind. Oder sie erwarten Kosteneinsparungen wie z. B. beim Energieverbrauch. Nur wer heute investiert, sichert sich die wirtschaftliche Existenzgrundlage für morgen. Dem Konjunkturmotor droht, der Treibstoff auszugehen.

Dabei scheute die Politik in den vergangenen Jahren keine Mühen, die Investitionsanreize für Unternehmen durch zahlreiche Steuererleichterungen zu erhöhen. Gut gemeint, wirkt aber nicht. Folge: Die Gewinne der Unternehmen stiegen sprunghaft an. Die Kehrseite der gleichen Medaille: Die sprudelnden Gewinne wurden renditeträchtiger im Ausland investiert oder flossen vorwiegend in Finanzprodukte ohne realwirtschaftlichen Wert. Zudem schöpfte man die zusätzlichen Steuergeschenke ab oder setzte sie zur Aktienkurspflege ein. Die erhofften Investitionen blieben jedoch auf der Strecke.

Nach Abzug aller Ersatzinvestitionen waren die Investitionen in der Privatwirtschaft im II. Quartal 2010 real um mehr als ein Drittel unter dem Niveau nach der Wiedervereinigung. Im Jahr 2009 konnten die Investitionen nicht einmal mehr den Ersatzbedarf decken. Im gleichen Zeitraum stiegen die Unternehmensgewinne

um mehr als das Doppelte. Reinvestierten die Unternehmen im Jahr 1991 durchschnittlich netto noch mehr als 40 % ihrer Gewinne, so waren es im vergangenen Jahrzehnt unter zehn Prozent (siehe Abbildung).

Warum? Bei stagnierender Nachfrage lohnen sich die Investitionen nicht. Woher sollte sie auch kommen? Die staatlich geförderte Leiharbeit und andere prekäre Beschäftigung forcierten die Ausbreitung des Niedriglohnssektors und führten dazu, dass die ArbeitnehmerInnen heute real weniger in der Tasche haben als im Jahr 2000. Folge: Dem Binnenmarkt wurde die Kaufkraft entzogen. Auch der Staat kommt als Nachfrager immer weniger in Betracht. Denn seit langem unterzog sich der Staat einer Abmagerungskur. Die Staatsquote fiel von 49 % im Jahr 2003 auf 43 % im Jahr 2008. Besserung ist „dank“ der Schuldenbremse nicht in Sicht.

Deshalb: Einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel braucht das Land. Eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik sowie die Austrocknung des Niedriglohnssektors sind entscheidend für eine kräftigere Binnenkaufkraft. Dadurch werden künftige Unternehmensinvestitionen befördert. Falls sich nichts grundlegend ändert, gerät Deutschland wieder ins Hintertreffen. Dann ist ganz schnell nicht mehr vom XXL-Aufschwung die Rede und das „deutsche Wirtschaftswunder“ schrumpft auf XXS.

